



<p>☑ Südwest Presse</p>	<p>☑ Suchbegriff: Ingenieurkammer i. Zshg. m. Baden-Württemberg, Stuttgart, Rainer Wulle</p>
<p>08.03.2014</p>	<p>Verbreitete Auflage: 310.584</p>
<p>Tageszeitung / täglich</p>	<p>Reichweite: 568.368</p>
	<p>Anzeigenäquivalenz: Seite: 6 / oben Mitte</p>

56.367 - 3 - MSC - TZ - 25329497 -



Bauarbeiten im Landkreis Göppingen: Um nicht abgerufene Bundesmittel ist ein heftiger Streit entbrannt.

Foto: Giacinto Carlucci

Verschenkte Millionen

Geld für Straßenbau nicht abgerufen – Minister Hermann verteidigt sich

Mindestens 15 Millionen Euro für den Straßenbau hat das Land in Berlin liegenlassen. Warum? Während Verkehrsminister Hermann sich verteidigt, hält die Opposition den Grünen schlichtweg für unfähig.

BETTINA GRACHTRUP, dpa

Stuttgart. Der Verzicht des Verkehrsministeriums auf Bundesmittel für den Straßenbau hat auch innerhalb der grün-roten Koalition für Unmut gesorgt. SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller sagte, der Vorgang sei „peinlich und unschön“. Ressortchef Winfried Hermann (Grüne) hätte das nicht passieren dürfen. Die CDU hatte Hermann vorgeworfen, sogar rund 100 Millionen Euro ausgeschlagen zu haben. Haller sprach hingegen von einer „Summe von 15 Millionen plus x.“ Hermann selbst wies am gestrigen Freitag den Vorwurf zurück, sein Ministerium habe das Geld leichtfertig beim Bund liegenlassen. Er kritisierte die Mittelvergabe in Berlin als nicht planbar und verwies auf die enge Personalsituation in der Landesbauverwaltung. „Man kann zum Jahresende nicht mal eben zweistellige Millionenbeträge verbauen“, sagte Hermann. Für neue Bauprojekte habe das Geld

nicht verwendet werden dürfen, da der Bund keine weiteren Projekte freigegeben habe. Das Land hatte dem Bund seinen Angaben zufolge auch vorgeschlagen, wie zusätzliches Geld eingesetzt werden könnte – etwa zur vorzeitigen Tilgung von Raten kreditfinanzierter Altprojekte. Dies habe der Bund abgelehnt. Auch SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel kritisierte, das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium mache eine solide Planung und Vorbereitung durch das Land nahezu unmöglich.

Hermann erklärte, dass der Bund dem Südwesen im vergangenen Jahr 830 Millionen Euro für Bundes-

Spatenstiche für 2014

Neue Projekte Für das Jahr 2014 will Baden-Württemberg drei neue Bundesfernstraßenprojekte zur Freigabe beim Bund anmelden. Es handelt sich um die B 464 Ortsumfahrung Holzgerlingen (Kreis Böblingen), die B 31 Immenstaad-Friedrichshafen/Waggershausen sowie die B 463 Westtangente Pforzheim. Bei den Landesstraßen wird es hingegen wegen der knappen finanziellen Landesmittel keine Spatenstiche geben – Priorität habe weiterhin der Erhalt und die Sanierung von Brücken, Tunneln und Straßen. Insbesondere die Brückenbauwerke erfordern einen erhöhten Einsatz, hier seien Spezialisten gefragt.

straßen zugeteilt habe. Die Umsetzung dieser hohen Summe habe die Straßenbauverwaltung, die unter CDU-geführten Vorgängerregierungen personell ausgedünnt worden sei, bereits stark beansprucht. Von den 830 Millionen Euro wurden

An Großbaustellen im Land gab es Verzögerungen

etwa 15 Millionen nicht verbaut, wie Hermann einräumte. Er erklärte dies mit Problemen bei einigen Großbaustellen im Land. Die 15 Millionen Euro flossen zurück an den Bund, in den Topf der so genannten Ausgleichsmittel, die der Bund dann zum Jahresende kurzfristig den Ländern anbot.

Nach Berechnungen der Ingenieurkammer Baden-Württemberg wären im vergangenen Jahr etwa 100 zusätzliche Mitarbeiter in den Regierungspräsidien und im Verkehrsministerium nötig gewesen, um das Investitionsvolumen abzuwickeln. Mittelfristig seien mindestens 200 zusätzliche Stellen erforderlich, um die vom Bund in Aussicht gestellten steigenden Investitionssummen verarbeiten zu können.

Für die beiden CDU-Verkehrsexperten Nicole Razavi und Rudolf Köberle ist die Sache hingegen klar: Mi-

nister Hermann sei seiner Aufgabe nicht gewachsen. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und der FDP-Verkehrsexperte Jochen Haußmann bezeichneten die Ausführungen des Ministers als „pure Heuchelei“. Nach bald drei Jahren Grün-Rot sei es billig, die Schuld für die Misere bei der Vorgängerregierung zu suchen. „Der Minister hat stets betont, er würde gerne mehr Projekte realisieren, dies scheitert aber an der Mittelknappheit des Bundes. Bewusst oder unbewusst hat Hermann hier nicht die Wahrheit gesagt.“ Für den Radverkehr gebe es hingegen immer Geld und Kapazität. „Der Straßenbau soll ausgetrocknet werden, weil er nicht ins grüne Weltbild passt.“

Hermann beteuerte hingegen, er habe das Thema von Anfang an sehr ernst genommen, weil in Baden-Württemberg rund 80 Prozent des Personenverkehrs auf die Straße entfalle. „Wenn ich in die Geschichtsbücher eingehe, dann deswegen, weil ich als grüner Verkehrsminister einer grün-roten Landesregierung die Misere im Straßenbau beendet habe“, sagte Hermann. Grün-Rot stecke mehr Geld in die Sanierung von Bundes- und Landesstraßen, sei konsequent beim Ausbau und Neubau von Straßen, sage aber deutlich, was gehe und was nicht und habe die Projekte nach sachlichen Kriterien priorisiert.

Schwarzwälder Bote, Oberndorf	
08.03.2014	Verbreitete Auflage: 5.988
Tageszeitung / täglich	Reichweite: 10.921
Suchbegriff: Ingenieurkammer, Zshg.m. Baden-Württemberg, Stuttgart, Rainer Wille	
Anzeigenächtvalenz:	
Seite: 6 / oben Mitte	

56.367 - 24 - CMNL - TZ - 25334202 -

Verkehrsminister wehrt sich gegen Vorwürfe

Straßenbau: Herrmann kritisiert Berliner Mittelvergabe als nicht planbar und verweist auf die enge Personalsituation in der Verwaltung

Von Bettina Grachtrup
Stuttgart. Mindestens 15 Millionen Euro für den Straßenbau hat Baden-Württemberg in Berlin liegenlassen. Aber warum? Während Verkehrsminister Herrmann die Schuld auch bei den Vorgängerregierungen sucht, hält die Opposition den Grünen schlichtweg für unfähig.

Der Verzicht des Verkehrsministeriums auf Bundesmittel für den Straßenbau sorgt innerhalb der grün-roten Koalition für Unmut. SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller (Albstadt) sagte, der Vorgang sei „speiulich und unerschön“. Ressortchef Winfried Herrmann (Grüne) hätte das nicht passieren dürfen. Die CDU hatte Herrmann vorgeworfen, mindestens 100 Millionen Euro auszuschielen zu haben. Haller sprach hingegen von einer „Summe von 15 Millionen plus x.“

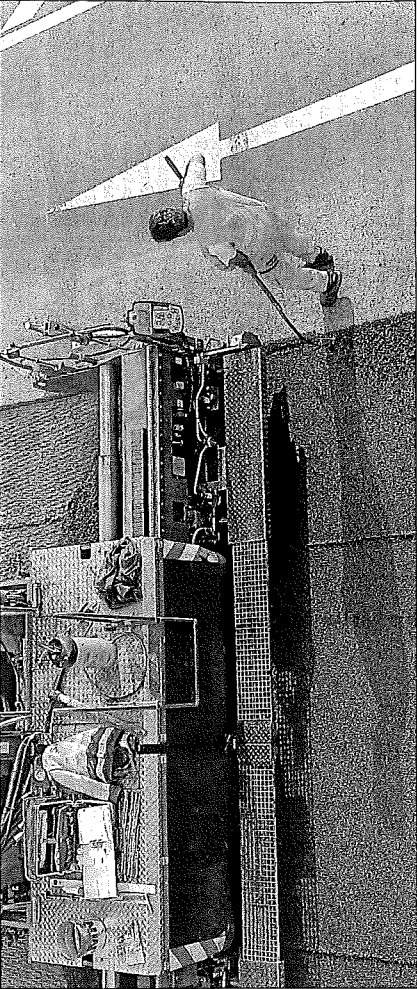
Herrmann wies den Vorwurf gestern zurück, sein Ministerium habe das Geld leichter beim Bund liegenlassen. Er kritisierte die Mittelvergabe in Berlin als nicht planbar und verwies auf die enge Personalsituation in der Landesbauverwaltung. „Man kann zum Jahresende nicht mal eben zwei-stellige Millionenbeträge verbauen“, erklärte Herrmann. Für neue Bauprojekte habe das Geld nicht verwendet werden können, da der Bund keine weiteren Projekte freigegeben habe.

Das Land hatte dem Bund seinen Angaben zufolge auch vorgeschlagen, wie zusätzliches Geld eingesetzt werden könnte - etwa zur vorzeitigen Tilgung von Raten. Inoffiziellerer Altprojekte. Dies habe der Bund abgelehnt. Auch SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel kritisierte,

das CSU-geführte Verkehrsministerium mache eine solide Planung und Vorbereitung, durch das Land nahezu unmöglich.
 Herrmann erklärte, dass der Bund dem Südwesten im vergangenen Jahr 830 Millionen Euro für Bundesstraßen zuteilt habe. Die Umsetzung dieser Summe habe die Straßenbauverwaltung, die unter CDU-geführten Vorgängerregierungen personell ausgedünnt worden sei, bereits stark beansprucht. Von den 830 Millionen Euro wurden 15 Millionen nicht verbaut, wie Herrmann einräumte. Er erklärte dies mit Problemen bei einigen Großbaustellen. Die 15 Millionen Euro flossen zurück an den Bund, in den Topf der sogenannten „Ausgleichsmittel“, die der Bund dann zum Jahresende kurzfristig den Ländern anbietet.

CDU: Herrmann ist selber Aufgabe nicht gewachsen
 Nach Berechnungen der Ingenieurkammer Baden-Württemberg wären im vergangenen Jahr ungefähr 100 zusätzliche Mitarbeiter in den Regierungspräsidien und im Verkehrsministerium nötig gewesen, um das Investitionsvolumen abuarbeiten. Mittelfristig seien mindestens 200 zusätzliche Stellen erforderlich, um die vom Bund in Aussicht gestellten steigenden Investitionssummen verarbeiten zu können.

Für die beiden CDU-Verkehrsexperten Nicole Razavi und Rudolf Köberle ist die Sache klar: Minister Herrmann wachse seiner Aufgabe nicht gewachsen. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und der FDP-Verkehrsexperte Jochen Haufmann bezeichneten die Ausführungen des Ministers als »pure Heuchelei«. Nach bald drei Jahren Grün-Rot sei



Eine neue Asphaltdecke wird auf einer Straße in Freiburg aufgebracht. Der Verzicht des Verkehrsministeriums auf Mittel für Bundesstraßen ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion »speiulich und unerschön«.
 Foto: Seeger

es billig, die Schuld für die Mängel bei der Vorgängerregierung zu suchen.
 Herrmann beteuerte hingegen, er habe die Straßenverkehrs-spolitik von Anfang an sehr ernst genommen, weil in Baden-Württemberg rund 80 Prozent des Personenverkehrs auf die Straße entfalle. Nach

sachlichen Kriterien priorisiert »Wenn ich in die Gemeinschaftsbücher eingehe, dann deswegen, weil ich als grüner Verkehrsminister einer grünen Landesregierung die Misere im Straßenbau beendeten beim Aus- und Neubau von Straßen, sage deutlich was gehe und was nicht geht und habe die Projekte nach

INFO

Bau- und Sanierungsprogramme 2014 in Baden-Württemberg

- Verkehrsminister Winfried Herrmann und Staatssekretärin Gisela Splitt (beide Grüne) haben gestern das Programm für die Bau- und Sanierungsmaßnahmen auf den Straßen im Land vorgestellt. Es sieht die zügige Fortführung zahlreicher laufender Bauprojekte sowie den Beginn dreier Neubauvorhaben bei Bundesfernstraßen vor. Hier eine Auswahl:
- **Laufende Maßnahmen Bundesfernstraßen**
 Autobahndreieck Hochrhein-
- **Maßnahmen mit Baurecht Bundesstraßen**
 Rottenburg-Tübingen (B 28, Baubeginn ab 2015 möglich), Ortsumfahrung „Grenzach“ (B 34), Ortsumgehung Wühl- len (B 34, bei beiden Baubeginn ab 2017 möglich)
- **Laufende Maßnahmen Landesstraßen**
 Rheinfelden/Karsau (A 98), Ortsumfahrung Oberkirch und Lautenbach (B 28), Ortsumfahrung Dunningen (B 462)
- **Erhaltungsinvestitionen**
 Autobahnbrücke in Schliengen (L 134), Fahrbahndeckenerneuerung Grul-Heiligenzimmern (L 390)
- **Erhaltungsinvestitionen**
 Autobahnbrücke in Schliengen (L 134), Fahrbahndeckenerneuerung Grul-Heiligenzimmern (L 390)

zuzugabe beim Bund anmelden: Die B 464 Ortsumfahrung Holzgerlingen, die B 31 Immenstadt-Friedrichshafen/Wagershausen und die B 463 Westtangente Pforzheim. Bei den Landesstraßen wird es hingegen wegen der knappen Mittel keine Spatenstiche geben.

Badisches Tagblatt	Suchbegriff: Ingenieurkammer i.Zshg.m. Baden-Württemberg, Stuttgart, Rainer Wulle		
08.03.2014	Verbreitete Auflage:	34.396	Anzeigenäquivalenz:
Tageszeitung / täglich	Reichweite:	62.944	Seite: Land / oben links

56.367 - 3 - BAS - TZ - 25334021 -

Hermann wehrt sich gegen Vorwürfe

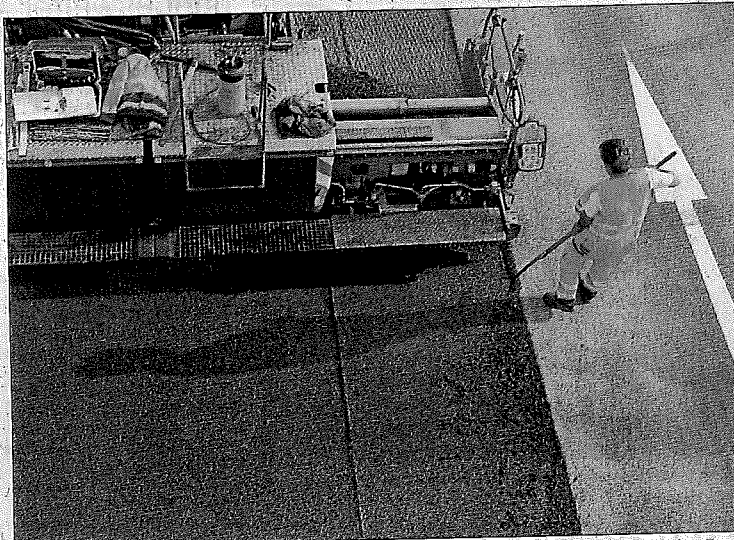
Verkehrsminister verzichtet auf Bundesmittel für Straßenbau – und erntet Kritik in der Koalition

Von Bettina Grachtrup

Stuttgart – Der Verzicht des Verkehrsministeriums auf Bundesmittel für den Straßenbau sorgt innerhalb der grün-roten Koalition für Unmut. SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller sagte, der Vorgang sei „peinlich und unerschön“. Ressortchef Winfried Hermann (Grüne) hätte das nicht passieren dürfen. Die CDU hatte Hermann vorgeworfen, mindestens 100 Millionen Euro ausgeschlagen zu haben. Haller sprach hingegen von einer „Summe von 15 Millionen plus x.“

Hermann wies den Vorwurf gestern zurück, sein Ministerium habe das Geld leichtfertig beim Bund liegenlassen. Er kritisierte die Mittelvergabe in Berlin als nicht planbar und verwies auf die enge Personalsituation in der Landesbauverwaltung.

„Man kann zum Jahresende nicht mal eben zweistellige Millionenbeträge verbauen“, erklärte Hermann. Für neue Bauprojekte habe das Geld nicht verwendet werden können, da der Bund keine weiteren Projekte freigeben habe. Das Land hatte dem Bund seinen Angaben zufolge auch vor-



Im vergangenen Jahr flossen 830 Millionen Euro für den Straßenbau aus Berlin ins Land Baden-Württemberg. / Foto: dpa

geschlagen, wie zusätzliches Geld eingesetzt werden könnte – etwa zur vorzeitigen Tilgung von Raten kreditfinanzierter Altprojekte. Dies habe der Bund abgelehnt. Auch SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel kritisierte, das CSU-geführte

Bundesverkehrsministerium mache eine solide Planung und Vorbereitung durch das Land nahezu unmöglich. Hermann erklärte, dass der Bund dem Südwesten im vergangenen Jahr 830 Millionen Euro für Bundesstraßen zuge-

teilt habe. Die Umsetzung dieser hohen Summe habe die Straßenbauverwaltung, die unter CDU-geführten Vorgängerregierungen personell ausgedünnt worden sei, bereits stark beansprucht. Von den 830 Millionen Euro würden 15

Millionen nicht verbaut, wie Hermann einräumte. Er erklärte dies mit Problemen bei einigen Großbaustellen im Land. Die 15 Millionen Euro flossen zurück an den Bund, in den Topf der sogenannten Ausgleichsmittel, die der Bund dann zum Jahresende kurzfristig den Ländern anbot.

Nach Berechnungen der Ingenieurkammer Baden-Württemberg wären im vergangenen Jahr 100 zusätzliche Mitarbeiter in den Regierungspräsidien und im Verkehrsministerium nötig gewesen, um das Investitionsvolumen abzuarbeiten. Mittelfristig seien mindestens 200 zusätzliche Stellen erforderlich, um die vom Bund in Aussicht gestellten steigenden Investitionssummen verarbeiten zu können.

Für die beiden CDU-Verkehrsexperten Nicole Razavi und Rudolf Köberle ist die Sache hingegen klar: Minister Hermann sei seiner Aufgabe nicht gewachsen. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und der FDP-Verkehrsexperte Jochen Haußmann bezeichneten die Ausführungen des Ministers als „pure Heuchelei“. Nach bald drei Jahren Grün-Rot sei es billig, die Schuld für die Misere bei der Vorgängerregierung zu suchen.

Ingenieurkammer Baden-Württemberg	Suchbegriff: Ingenieurkammer (Zsfig. m. Baden-Württemberg, Stuttgart, Rainer Wulle)
08.03.2014	Verbreitete Auflage: 40.554
Reichweite: täglich	Anzeigenäquivalenz: 74.214
	Seite: 5 / Seitenmitte

56.367 - 1 - KA - TZ - 25330047 -

Straßenbau – Verzicht auf Bundesmittel sorgt auch innerhalb der grün-roten Koalition für Unmut

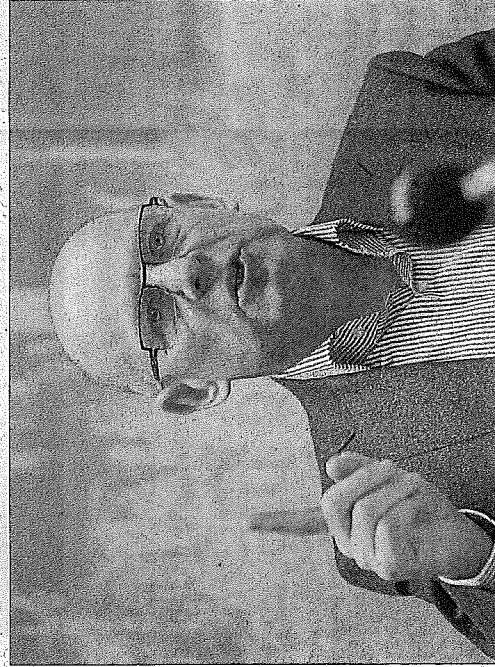
Hat Hermann Zuschüsse verschmäht?

STUTTGART. Der Verzicht des Verkehrsministeriums auf Bundesmittel für den Straßenbau sorgt innerhalb der grün-roten Koalition für Unmut. SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller sagte, der Vorgang sei »peinlich und un schön«. Ressortchef Winfried Hermann (Grüne) hätte das nicht passieren dürfen. Die CDU hätte Hermann vorgeworfen, mindestens 100 Millionen Euro auszuslagern zu haben. Haller sprach hingegen von einer »Summe von 15 Millionen plus x.« Hermann wies den Vorwurf am Freitag zurück, sein Ministerium habe das Geld leihfähig beim Bund liegen lassen. Er kritisierte die Mittelvergabe in Berlin als nicht planbar und verwies auf die enge Personalsituation in der Landesbauverwaltung.

15 Millionen Euro nicht verbaut

»Man kann zum Jahresende nicht mal eben zweistellige Millionenbeträge verbauen«, erklärte Hermann. Für neue Bauprojekte habe das Geld nicht verwendet werden können, da der Bund keine weiteren Projekte freigegeben habe. Das Land hatte dem Bund seinen Angaben zufolge auch vorgeschlagen, wie zusätzliches Geld eingesetzt werden könnte – etwa zur vorzeitigen Tilgung von Raten kreditfinanzierter Altkonstrukte. Dies habe der Bund abgelehnt. Auch SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel kritisierte, das GSU-geführte Bundesverkehrsministerium mache eine solide Planung und Vorbereitung durch das Land nahezu unmöglich.

Hermann erklärte, dass der Bund dem Südsten im vergangenen Jahr 830 Millionen Euro für Bundesstraßen zugewei-



Wegen nicht abgerufener Bundesmittel ist der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann unter Druck geraten. FOTO: DPA

haben. Die Umsetzung dieser hohen Summe habe die Straßenbauverwaltung, die unter CDU-geführten Vorgängerregierungen personell ausgedünnt worden sei, bereits stark beansprucht. Von den 830 Millionen Euro wurden 15 Millionen nicht verbaut, wie Hermann einräumte. Er erklärte dies mit Problemen bei einigen Großbaustellen im Land. Die 15 Millionen Euro flossen zurück an den Bund, in den Topf der sogenannten Ausgleichsmittel, die der Bund dann zum Jahresende kurzfristig den Ländern anbot.

Nach Berechnungen der Ingenieurkammer Baden-Württemberg wären im

Hausmann bezeichneten die Ausführungen des Ministers als »pure Heuchelei«. Nach bald drei Jahren Grün-Rot sei es billig, die Schuld für die Misere bei der Vorgängerregierung zu suchen. »Der Minister hat stets betont, er würde gerne mehr Projekte realisieren, dies scheitere aber an der Mittelknappheit des Bundes. Bewusst oder unbewusst hat Hermann hier nicht die Wahrheit gesagt.« Für den Radverkehr gebe es immer Geld und Kapazität: »Der Straßenbau soll ausgetrocknet werden, weil er nicht ins grüne Weltbild passt.«

Hermann beteuerte hingegen, er habe die Straßenverkehrspolitik von Anfang an sehr ernst genommen, weil in Baden-Württemberg rund 80 Prozent des Personenverkehrs auf die Straße entfielen. Nach 58 Jahren CDU-Regierung befindet sich der Straßenbau aber in einer Misere. Grün-Rot stecke mehr Geld in die Sanierung von Bundes- und Landesstraßen, sei konsequent beim Aus- und Neubau von Straßen und sage deutlich, was gehen und was nicht gehen habe die Projekte nach sachlichen Kriterien priorisiert. »Wenn ich in die Geschichtsbücher eingehen, dann deswegen, weil ich als grüner Verkehrsminister einer grün-roten Landesregierung die Misere im Straßenbau beendete habe.«

Für 2014 will Baden-Württemberg drei Bundesfernstraßenprojekte zur Freigabe beim Bund anmelden: die B 464 Ortschaftsförderung Holzgerlingen, die B 31 Immenstadt-Friedrichshafen/Waggenshausen und die B 463 Westtangente Pforzheim. Bei den Landesstraßen wird es hingegen wegen der knappen finanziellen Landesmittel keine Spatenstiche geben. (dpa)



Schwäbische Post

Suchbegriff: Ingenieurkammer i.Zshg.m. Baden-Württemberg, Stuttgart, Rainer Wülle

08.03.2014

Verbreitete Auflage: 52.501

Anzeigenäquivalenz:

Tageszeitung / täglich

Reichweite: 96.077

Seite: 6 / oben Mitte

56.367 - 3 - GK - TZ - 25339574 -



Bauarbeiten im Landkreis Göppingen: Um nicht abgerufene Bundesmittel ist ein heftiger Streit entbrannt. Foto: Giacinto Carlucci

Verschenkte Millionen

Geld für Straßenbau nicht abgerufen – Minister verteidigt sich

Mindestens 15 Millionen Euro für den Straßenbau hat das Land in Berlin liegenlassen. Warum? Während Verkehrsminister Hermann sich verteidigt, hält die Opposition den Grünen schlichtweg für unfähig.

BETTINA GRACHTRUP, dpa

Stuttgart. Der Verzicht des Verkehrsministeriums auf Bundesmittel für den Straßenbau hat auch innerhalb der grün-roten Koalition für Unmut gesorgt. SPD-Verkehrsexperte Hans-Martin Haller sagte, der Vorgang sei „peinlich und-unschön“. Ressortchef Winfried Hermann (Grüne) hätte das nicht passieren dürfen. Die CDU hatte Hermann vorgeworfen, sogar rund 100 Millionen Euro ausgeschlagen zu haben. Haller sprach hingegen von einer „Summe von 15 Millionen plus x“.

Hermann selbst wies am gestrigen Freitag den Vorwurf zurück, sein Ministerium habe das Geld leichtfertig beim Bund liegenlassen. Er kritisierte die Mittelvergabe in Berlin als nicht planbar und verwies auf die enge Personalsituation in der Landesbauverwaltung. „Man kann zum Jahresende nicht mal eben zweistellige Millionenbeträge verbauen“, sagte Hermann. Für neue Bauprojekte habe das Geld nicht verwendet werden dürfen, da der Bund keine weiteren Projekte freigegeben habe. Das Land hatte dem Bund seinen Angaben zufolge auch vorgeschlagen, wie zusätzli-

ches Geld eingesetzt werden könnte – etwa zur vorzeitigen Tilgung von Raten kreditfinanzierter Altprojekte. Dies habe der Bund abgelehnt. Auch SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel kritisierte, das CSU-geführte Bundesverkehrsministerium mache eine solide Planung und Vorbereitung durch das Land nahezu unmöglich.

Hermann erklärte, dass der Bund dem Südwesten im vergangenen Jahr 830 Millionen Euro für Bundesstraßen zugeteilt habe. Die Umsetzung dieser hohen Summe habe die Straßenbauverwaltung, die unter CDU-geführten Vorgängerregierungen personell ausgedünnt worden sei, bereits stark beansprucht. Von den 830 Millionen Euro wurden etwa 15 Millionen nicht verbaut, wie Hermann einräumte. Er erklärte dies mit Problemen bei ein-

Spatenstiche für 2014

Neue Projekte Für das Jahr 2014 will Baden-Württemberg drei neue Bundesfernstraßenprojekte zur Freigabe beim Bund anmelden. Es handelt sich um die B 464 Ortsumfahrung Holzgerlingen (Kreis Böblingen), die B 31 Immenstaad-Friedrichshafen/Waggershausen sowie die B 463 Westtangente Pforzheim. Bei den Landesstraßen wird es hingegen wegen der knappen finanziellen Landesmittel keine Spatenstiche geben – Priorität habe weiterhin der Erhalt und die Sanierung von Brücken, Tunneln und Straßen. Insbesondere die Brückenbauwerke erfordern einen erhöhten Einsatz, hier seien Spezialisten gefragt.

gen Großbaustellen im Land. Die 15 Millionen Euro flossen zurück an den Bund, in den Topf der so genannten Ausgleichsmittel, die der Bund dann zum Jahresende kurzfristig den Ländern anbot.

Nach Berechnungen der Ingenieurkammer Baden-Württemberg wären im vergangenen Jahr etwa 100 zusätzliche Mitarbeiter in den Regierungspräsidien und im Verkehrsministerium nötig gewesen, um das Investitionsvolumen abzuwickeln. Mittelfristig seien mindestens 200 zusätzliche Stellen erforderlich, um die vom Bund in Aussicht gestellten steigenden Investitionssummen verarbeiten zu können.

Für die beiden CDU-Verkehrsexperten Nicole Razavi und Rudolf Köberle ist die Sache hingegen klar: Minister Hermann sei seiner Aufgabe nicht gewachsen. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke und der FDP-Verkehrsexperte Jochen Haußmann bezeichneten die Ausführungen des Ministers als „pure Heuchelei“. Für den Radverkehr gebe es hingegen immer Geld und Kapazität. „Der Straßenbau soll ausgetrocknet werden, weil er nicht ins grüne Weltbild passt.“

Hermann beteuerte hingegen, er habe das Thema von Anfang an sehr ernst genommen, weil in Baden-Württemberg rund 80 Prozent des Personenverkehrs auf die Straße entfalle. „Wenn ich in die Geschichtsbücher eingehe, dann deswegen, weil ich als grüner Verkehrsminister einer grün-roten Landesregierung die Misere im Straßenbau beendet habe“, sagte Hermann.